

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Prof. Gerhard Heimann MdB  
zur Gorbatschow-Visite in  
Bonn: Mehr als nur ein Ge-  
genbesuch?

Seite 1

Horst Peter MdB zum Herz-  
stück der Programmdiskus-  
sion der SPD: Unser Ver-  
ständnis von Politik.

Seite 4

Prof. Dipl.-Ing. Monika Gan-  
seforth MdB zur Verurteil-  
ung der Journalistin Dr.  
Ingrid Strobl: Kein Ruh-  
mesblatt für eine souveräne  
Justiz.

Seite 6

44. Jahrgang / 109

12. Juni 1989

### Gorbatschow in Bonn

Mehr als nur ein Gegenbesuch?

Von Prof. Gerhard Heimann MdB

Nach einer vom „stern“ und der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie über sowjetische und amerikanische Politik im Bild der Deutschen haben 84 Prozent der Bundesbürger von Gorbatschow „eine gute Meinung“. 51 Prozent der Befragten haben eine „eher positive“ Einstellung zur Politik der Sowjetunion, und 59 Prozent sehen in der Sowjetunion keine militärische Bedrohung, während nur 24 Prozent sich bedroht fühlen.

Derjenige, der zu einem großen Teil für diesen radikalen Einstellungswandel mitverantwortlich ist, hält sich zur Zeit zu einem viertägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf: Michail Gorbatschow. Das Feindbild Sowjetunion verblaßt zusehends und zu Recht. Der Wandel, der seit der Regierungsübernahme durch Gorbatschow in der Sowjetunion, aber auch in anderen osteuropäischen Ländern stattfindet, läßt sich schon fast als revolutionär bezeichnen. Diese Veränderungen vollziehen sich innen- wie außenpolitisch. Die Erwartungen an den jetzt stattfindenden Besuch sind daher höher, als die rund ein Dutzend Abkommen - für sich allein genommen - rechtfertigen würden, die im Verlauf des Besuchs unterzeichnet werden sollen. Die Bedeutung des Besuchs läßt sich daher nicht in erster Linie an den konkreten Ergebnissen messen, die er bringen wird. Es ist vor allem der Zeitpunkt, der ihn so wichtig macht. In der Tat stehen wir heute vor einer grundlegenden Neubestimmung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses, ja des Ost-West-Verhältnisses überhaupt. Die Bundesrepublik und die Europäische Gemeinschaft - gerade auch im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt 1992 - können es sich in keiner Weise leisten, auf den Rängen Platz zu nehmen, um zuzuschauen, ob das „Experiment“ Gorbatschow erfolgreich sein wird oder nicht. Warum?

1. Die Europäische Gemeinschaft ist fast unbemerkt zu einem Faktor von weltpolitischer Bedeutung herangewachsen (ökonomisch seit langem, und nun wird es auch politisch sichtbar). Wie nun das „gemeinsame Haus Europa“, von dem Gorbatschow spricht, aussehen, ob es überhaupt zustande kommen wird, das wird entscheidend davon abhängen, wie sich die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten RGW-Staaten zu diesem neuen weltpolitischen Faktor EG einstellen werden. Das Ergebnis würde ganz gegensätzlich sein, je nachdem, ob die Sowjetunion das Hauptgewicht ihrer Politik weiterhin auf die Aufrechterhaltung des seit 1945 mit den Vereinigten Staaten gestellten Kondominiums über Europa legt oder ob sie als Teil Europas und der gemeinsamen europäischen Geschichte die Partnerschaft mit dem anderen Teil Europas sucht. Wahrscheinlich wird sowohl die Außenpolitik der Sowjetunion wie auch der EG-Staaten und der Vereinigten

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kemal Atatürk Stiftung  
für den Frieden  
in der Türkei



Staaten noch über einen längeren Zeitraum mehrspurig, sogar scheinbar widersprüchlich, jedenfalls verschieden kombinierbar und interpretierbar sein. Für die Sowjetunion kann es zum Beispiel sehr reizvoll sein, die alte Option „Vereinigte Staaten“ durch die neue Option „EG“ zu ergänzen und beide, je nach Gegenstand und Interesse, abwechselnd zu betonen oder gar gegeneinander auszuspielen. Das gilt aber auch umgekehrt für die EG-Staaten oder die Vereinigten Staaten. Nur eines ist kaum wahrscheinlich: die Rückkehr zur bloßen Bipolarität, in der alles, was für Europa wichtig war, entweder in Moskau oder in Washington oder gemeinsam in Moskau und Washington entschieden würde. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Sowjetunion zur EG im August 1988, nach jahrzehntelanger Weigerung, die EG anzuerkennen, ist ein Beleg für diesen Perspektivenwechsel.

2. Substantielle Fortschritte in der Abrüstung werden weiter für die gemeinsame Sicherheit in Europa wichtig bleiben. Und dabei meine ich hier nicht so sehr den reinen sicherheitspolitischen Aspekt. Einsparungen im militärischen Bereich werden dringend für die Lösung ökonomischer und sozialer Probleme benötigt. Für Gorbatschows Reformpolitik kann das zur Existenzfrage werden. Denn schafft er es nicht, die Versorgungslage in seinem Land bald grundsätzlich und spürbar zu verbessern, dann wird es für ihn sehr schwierig. Ein mögliches Scheitern Gorbatschows und dessen Auswirkungen auf die Innenpolitik der Sowjetunion aber auch auf den Entspannungsprozeß im Ost-West-Verhältnis lassen sich - die gegenwärtigen schlimmen Vorgänge in China vor Augen - schwer ermessen. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen andere hinzu, zum Beispiel das Nationalitätenproblem. Gorbatschow muß mit allen Problemen gleichzeitig fertig werden. Helfen wird ihm, daß die von ihm eingeschlagene Politik - will die Sowjetunion Weltmacht bleiben - ohne Alternative ist und - wie auch immer modifiziert - auch von einem Nachfolger weiterverfolgt werden müßte.

3. Für die Bundesrepublik und gerade für Berlin (West) ist die Neudefinition des Ost-West-Verhältnisses und die Schaffung eines gemeinsamen Hauses Europa und letztlich einer europäischen Friedensordnung von besonderer Bedeutung. Es gibt keinen anderen Staat in der EG, der wegen seiner Lage in Mitteleuropa und wegen der Teilung des Volkes ein so elementares Interesse an einer möglichst engen Ost-West-Zusammenarbeit hat wie die Bundesrepublik Deutschland. Eine behutsame Wahrnehmung der Interessen von Berlin (West) kommt hinzu. Dies alles, und nicht nur die wirtschaftliche Leistungskraft, macht die Bundesrepublik - auch wenn sie nur wünschen kann, daß Frankreich und die anderen EG-Staaten mit gleicher Intensität folgen - zu dem geborenen westeuropäischen Hauptpartner der Sowjetunion. Um hier keine falschen Hoffnungen zu wecken und weil in manchen Kreisen der Bundesrepublik an die sich vertiefende deutsch/sowjetische Zusammenarbeit neue und recht abenteuerliche Spekulationen geknüpft werden, möchte ich einen Kernsatz sozialdemokratischer Entspannungspolitik wiederholen: Er handelt von der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in ihren Grenzen in Europa, aber auch von dem Begründungszusammenhang, der zwischen diesem Satz und unserer gemeinsamen Zielsetzung besteht, den trennenden Charakter dieser Grenzen, aller Grenzen in Europa, zu überwinden. Für einen deutschen Sonderweg ist hier kein Platz. In diesem Prozeß einer Neuordnung Europas kann Berlin (West) eine wichtige Funk-

tion übernehmen. Berlin ist der Ort der kürzesten Wege zwischen Ost und West. An Berlin (West) wird sich eine tragfähige und praktische Zusammenarbeit beweisen müssen. Der Status der Stadt darf nicht zum Verhinderungsinstrument für eine enge Ost-West-Kooperation mißbraucht werden. Wer hier auf einseitige Vorteile bedacht ist, gefährdet das Ziel. Die rechtliche und politische Verfassung ist so kompliziert, daß daran erst gerührt werden darf, wenn eine bessere Lösung einvernehmlich durchsetzbar ist. Je kühner wir Europa denken, je wichtiger wird es sein, was sich in kleineren, überschaubaren Regionen vollzieht. Eine europäische Region besonderer Art könnte Berlin werden. Berlin (West) will nicht länger nur Schaufenster des Westens nach Osten sein. Es wäre eine Chance, die die Sowjetunion und die DDR ergreifen sollten, Berlin (West) auch zu einem Schaufenster des Ostens nach Westen zu machen. Vieles ließe sich in dem kleinen, überschaubaren Markt entwickeln, erproben und vorführen, was sich auf dem größeren europäischen Markt später durchsetzen und behaupten muß. Unter diesen Gesichtspunkten sollte die sowjetische Außenpolitik überprüfen, ob die allzu enge, ja kleinliche Auslegung des Status von Berlin, wirklich in ihrem Interesse ist. In dieser Beziehung bringt der Gorbatschow-Besuch leider wieder keinen Fortschritt.

4. Je mehr die Reformen greifen und je erfolgreicher der Demokratisierungsprozeß in der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern sein wird, desto schneller wird sich der KSZE-Prozeß entwickeln. Dieser KSZE-Prozeß könnte mehr und mehr den institutionellen Rahmen abgeben für die Schaffung einer Europäischen Friedensordnung, dem „gemeinsamen Haus Europa“, in dem alle ethnischen Gruppen, Nationen und Völker friedlich zusammen leben. Auch hier könnte Berlin eine wichtige Rolle übernehmen. So könnte Berlin ein Ort für internationale Konferenzen und KSZE-Tagungen werden. Ja selbst als Standort für gesamteuropäische Institutionen, die sicher einmal gegründet werden, um die vielfältigen Vernetzungen zwischen Ost- und Westeuropa zu fördern und auszubauen, eignet sich Berlin wie keine andere Stadt.

Bis dahin ist es noch ein langer, mühsamer und steiniger Weg. Die Bundesrepublik und die EG können und müssen aus ihren ureigensten Interessen ihren Beitrag leisten, daß die Reformen in Mittel- und Osteuropa gelingen. Es gilt, die Vision von einem „gemeinsamen Haus Europa“ zu konkretisieren und mit Leben zu erfüllen und den möglichen Gefahren aktiv zu begegnen. Der Besuch Michail Gorbatschows in der Bundesrepublik wird das Bewußtsein für die schicksalhafte Bedeutung des hier eingeschlagenen Weges stärken.

(-/12.6.1989/vo-he/rs)

## Unser Verständnis von Politik

---

Zum Herzstück der Programmdiskussion der SPD

Von Horst Peter MdB

Wer die demokratisch gestaltete ökologisch-soziale Gesellschaft als Leitidee künftiger Politik anstrebt, muß selbstkritisch die gegenwärtige kritische Distanz der Bürgerinnen und Bürger zur Politik der Parteien und Parlamente bedenken. Es geht deshalb im Programmprozeß zentral um die Wiedervereinigung und Versöhnung von Politik, Staat und Gesellschaft. Das Versagen der Politik des Staates und der Parteien in den großen Gattungsrisiken Gefährdung der Natur und Gefährdung des Friedens, die Vernachlässigung der Langzeitarbeitslosigkeit und deren Folgen, die zunehmende Verbunkerung der „politischen Klasse“ und der ihr zutragenden Bürokratie, ihre kleinen und großen Skandale und Affären von Flick bis Barschel, führten zu Glaubwürdigkeitslücken und Vertrauensschwund der politischen Institutionen, Parteien und der Politiker selbst. Dies äußert sich sowohl in Formen des Wahlabsentismus wie Wahlenthaltung und der Zunahme ungültiger Stimmen wie auch in der Renaissance rechtspopulistischer Strömungen, aber auch im Entstehen der sogenannten neuen sozialen Bewegungen und Forderungen nach Öffnung und „Demokratisierung“ des demokratischen politischen Systems. Neben die klassischen Konfliktlagen des rechts-links und des oben-unten tritt der Konflikt innen-außen. Wird dieser Konflikt nicht produktiv gelöst, gerät die demokratische Republik selbst in eine Überlebenskrise.

Die SPD stellt sich dieser Herausforderung, indem sie ein neues Verständnis von Politik formuliert. Sie erweitert den Politikbegriff auf alles gesellschaftliche Handeln, das seine Grenzen in der Privatheit des einzelnen findet. Sie entwickelt den Bürgerdialog als Ausdruck eines gesamtgesellschaftlichen politischen Prozesses. Damit stellt sie sich der Herausforderung, den bisherigen engen Politikbegriff, der auf Staat, Parlamente und Parteien begrenzt ist, zu überwinden. Allerdings ist es notwendig, diesen Ansatz zu konkretisieren, indem die Felder gesellschaftlichen Handelns benannt und die diesen Handlungsfeldern angemessenen Politikformen und ihre Instrumente akzeptiert werden. Die zu benennenden Felder umfassen einerseits vor allem die politischen Prozesse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern zur Verteilung des wirtschaftlichen Reichtums, zur vertraglichen Absicherung der Arbeitsbedingungen sowie andererseits die Versuche betroffener und engagierter Menschen, sich direkt und selbständig um die Vertretung ihrer Interessen zu bemühen und sich zusammenzuschließen. Sowohl in den Gewerkschaften - wenn man will in den alten sozialen Bewegungen - als auch in den Bürgerinitiativen und Bürgerbewegungen, den sogenannten neuen sozialen Bewegungen wirkten und wirken Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit und zeigen, daß ihr Politikverständnis die Handlungsfelder der sozialen Bewegungen einbezieht.

Die SPD sollte über die Beschreibung des Bürgerdialogs hinaus in den Programmabschnitt „Unser Verständnis von Politik“ die essentiellen Politikinstrumente der alten und sozialen Bewegungen

benennen und sich für deren Schutz und ihre Weiterentwicklung aussprechen. Das bedeutet konkret, daß die SPD das Streikrecht garantiert und sich für das Verbot der Aussperrung einsetzt und daß sich die SPD für ein erweitertes Petitionsrecht und Volksbegehren und Volksentscheid auf allen politischen Ebenen als die Beteiligungsrechte, die von den neuen sozialen Bewegungen genutzt werden, einsetzt. In diesem Zusammenhang gehört die Debatte um die Aufnahme plebiszitärer Elemente in das Grundgesetz. Sie sind logische Konsequenz des erweiterten Politikverständnisses wie es die SPD im Programmentwurf wagt und nicht der Ersatz für den parlamentarischen Entscheidungsweg. Wer den Bürgerdialog fordert, aber den Bürgern die Option verweigert, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, degradiert sie zu Bittstellern an den Toren der Institutionen und Parteien und wird scheitern bei dem Versuch, neue Glaubwürdigkeit zu gewinnen und Politik, Staat und Gesellschaft zu versöhnen.

Über die Ausgestaltung der Plebiszite, über die politischen Rahmenbedingungen wie ein Informationszugangsgesetz oder ein Zugangsrecht derjenigen, die ein Plebiszit betreiben, über Quoren, die ein Plebiszit bedarf, über die Einbeziehung der Möglichkeit von Mitgliederinitiativen in die Satzung der SPD, um Glaubwürdigkeit zu signalisieren, mag gestritten werden, aber das Herausbrechen der Möglichkeit des Plebiszites aus einem erweiterten Politikverständnis würde diesem Politikverständnis selbst im Wege stehen.

Die SPD sollte den Schritt zum Bürgerdialog offen und mit Selbstbewußtsein beschreiten, aber auch darauf setzen, daß der politische Diskurs mehr Vernunft, alternativen Sachverstand und Bürgerengagement und Bürgerverantwortung in die Politik einbringt. Überall, wo es die direkte Beteiligung gibt, ist es eben nicht zu den vermuteten Mehrheiten für Todesstrafe, Ausländer-raus-Gesetzen und was sonst noch alles an Schreckensvisionen parat gehalten wird, gekommen, sondern der politische Diskurs hat an Qualität gewonnen, indem die verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte einbezogen worden sind.

Das, was zum Beispiel in Deutschland in Vergangenheit und Gegenwart an real existierenden politischen Unzulänglichkeiten beklagt wird, geht in der Regel auf Beschlüsse von Parlamenten oder der Kabinette, die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914, der Einstieg in die Atomindustrie, die Berufsverbote, zurück. Da Theodor Heuss einmal Plebiszite als „Prämie für Demagogen“ kritisiert hat, muß in diesem Zusammenhang auch immer daran erinnert werden, daß das Ermächtigungsgesetz 1933 vom Deutschen Reichstag beschlossen wurde - unter Zustimmung von Theodor Heuss - und nicht durch ein Plebiszit zustande gekommen ist. Die wohlfeile historische Legende besagt bekanntlich, die Weimarer Republik sei auch an ihren plebiszitären Verfassungselementen gescheitert.

(-/12.6.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

Kein Ruhmesblatt für eine souveräne Justiz

Zur Verurteilung der Journalistin Dr. Ingrid Strobl

Von Prof. Dipl.-Ing. Monika Ganseforth MdB  
Mitglied der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion

Wer bisher geglaubt hat, in der Bundesrepublik könne man für eine Straftat nur dann verurteilt werden, wenn sie einem nachgewiesen wird, wurde durch das Urteil im Prozeß gegen Dr. Ingrid Strobl schwer enttäuscht.

Frau Strobl bestreitet nach wie vor, den „Revolutionären Zellen“ anzugehören oder etwas mit dem Bombenanschlag vom 28. Oktober 1986 gegen das Hauptverwaltungsgebäude der Deutschen Luft-hansa in Köln-Deutz zu tun zu haben.

Bei dem Anschlag, der von den „Revolutionären Zellen“ verübt wurde, wurde ein 35x35 cm großes Loch in die Wand gerissen. Wegen der starken Sicherheits- beziehungsweise Alarmanlagen entstand dabei ein relativ großer Schaden von 130.000 DM. Frau Strobl hatte für einen Freund zwar einen Wecker gekauft, der vermutlich bei dem Anschlag verwandt wurde. Nach ihrer Überzeugung hat aber dieser Freund - ebenso wie sie - nichts mit dem Anschlag zu tun. Sie ist allerdings nicht bereit, den Namen des Freundes preiszugeben.

Das ist wohl auch der eigentliche Grund ihrer Verurteilung. Dabei besteht keinerlei rechtliche Verpflichtung zu einer solchen Aussage. Obwohl im Laufe des Verfahrens die Anklage der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung entsprechend § 129a StGB aufgegeben werden mußte und es „nur noch“ um eine „Unterstützung“ ging, forderte die Staatsanwaltschaft die unverhältnismäßig hohe Haftstrafe von sieben Jahren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese hohe Forderung zusammen mit der inzwischen 18monatigen Untersuchungshaft die Höhe des Urteils beeinflußt hat.

Der eigentliche Grund der Verurteilung liegt jedoch woanders: In diesem Verfahren sind zwei unvereinbare Welten aufeinandergetroffen. Auf der einen Seite die Logik der Ingrid Strobl, einer linken Feministin mit einer radikalen politischen Moral, deren Waffe das Wort ist und deren Denkweise sich für die Justiz nicht erschloß. Auf der anderen Seite eine Justiz, die nicht nur für eine Straftat eine Täterin braucht, sondern die auch sich nicht lösen konnte von der Vorstellung einer kriminellen Täterin, die alles tut, ihre Beteiligung an einer Straftat zu vertuschen.

Keine Seite konnte ihre Version schlüssig und widerspruchsfrei nachweisen.

Wer geglaubt hat, daß dann gilt: „Im Zweifel für die Angeklagte“ muß empört feststellen, daß das nicht gilt, wenn sich die Angeklagte mit solchen „anschlagsrelevanten“ Themen befaßt wie „Gentechnologie“ oder „Sextourismus“ und sich dazu kritisch äußert. Wer das tut, ist „im Zweifel schuldig“.

Die Verurteilung von Ingrid Strobl heißt, daß das Gericht sie - die Untersuchungshaft mitgerechnet - für Jahre hinter Gitter steckt, mit allen damit verbundenen Konsequenzen. Das ist kein Ruhmesblatt und kein Zeichen für eine souveräne und humane Justiz. (-/12.6.1989/vo-he/rs)